



## „Jugendliche sind wichtige Gesprächspartner“

*Bei der Jugendkonferenz im Auswärtigen Amt in Berlin diskutieren rund 300 Jugendliche über globale Zukunftsthemen und die Rolle Deutschlands in den Vereinten Nationen. Der Schwerpunkt der zweitägigen Veranstaltung liegt allerdings auf die politische Partizipation der jüngeren Generation.*

„Wir sind zusammen groß. Wir sind zusammen eins.“ Mit diesen zwei Strophen beginnt nicht nur das Lied „Zusammen“ der Fantastischen Vier, sondern auch die Jugendkonferenz im Auswärtigen Amt. Mit der Auswahl des musikalischen Stückes ist bereits zu Beginn der Veranstaltung festgelegt: Im Vordergrund der zweitägigen Konferenz stehen die internationale Zusammenarbeit und die politische Partizipation.

Unter dem Motto "Die UN und WIR. Jugend gestaltet globale Zukunft" diskutieren rund 300 Schülerinnen und Schüler sowie weitere junge Menschen mit UN-Engagement, im Alter von 15 bis 25 Jahren, über globale Zukunftsthemen und die Rolle Deutschlands in den UN. Aufgeteilt in acht verschiedenen thematischen Workshops erwerben die Teilnehmenden neue Kenntnisse und erarbeiten Forderungen, die an die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern gerichtet sind.

„Jugendliche sind nicht nur Thema unserer Arbeit, sondern für uns auch wichtige Gesprächspartner“, sagt Günter Sautter, der die Abteilung Internationale Ordnung, Vereinte Nationen und Rüstungskontrolle des Auswärtigen Amtes leitet. Der Beauftragte der Bundesregierung appelliert in der Auftaktveranstaltung der Jugendkonferenz zu öffentlichem Einsatz, Engagement und Aktivismus. „Die großen Fragen unseres Jahrhunderts betreffen vor allem die jüngeren und zukünftigen Generationen. Ihre aktive Beteiligung ist daher umso wichtiger“, sagt Sautter und zählt dabei einige Beispiele auf wie die Klimakrise oder die weltweite Friedenssicherung.

Anlass für die Jugendkonferenz im Auswärtigen Amt ist ein 50-jähriges Jubiläum: der Beitritt Deutschlands zu den Vereinten Nationen. Am 18. September 1973 wurden die beiden deutschen Teilstaaten – die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik – in den zwischenstaatlichen Zusammenschluss aufgenommen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gründung der beiden Staaten war eine deutsche Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zunächst undenkbar. Doch die Regierungen bemühten sich um Wiedergutmachung und die Bundesrepublik steuerte in einer "Ständigen Beobachtermission" in erheblichem Maße finanzielle Mittel zum UN-System bei.



Mittlerweile ist Deutschland in sämtlichen Gremien aktiv und viertgrößter Beitragszahler der Vereinten Nationen. Vor dem Hintergrund der Geschichte setzt sich Deutschland vor allem für eine friedliche Weltgemeinschaft und eine umfassende Zusammenarbeit mit möglichst allen UN-Mitgliedstaaten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf drei Themenfeldern: Friedenssicherung, Menschenrechte und nachhaltiger Entwicklung.

In Anbetracht des Krieges in der Ukraine, des Klimawandels und der Inflation sieht sich die Staatengemeinschaft mit vielfältigen und schwerwiegenden Herausforderungen konfrontiert. Kriege und Krisen fordern Menschenleben, erschüttern die Grundprinzipien der Weltordnung und lähmen die internationale Zusammenarbeit. „Wir brauchen mehr als je zuvor die Fähigkeit der Vereinten Nationen, alle Beteiligten an einem Tisch zu bringen“, betont Volker Türk, Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, per Video zugeschaltet aus Genf. Denn die internationale Ordnung, für die die Staatengemeinschaft steht, gerät zunehmend ins Wanken.

Um die derzeitigen Krisen zu bewältigen und eine lebenswerte, nachhaltige und gerechte Zukunft zu ermöglichen, brauchen die Vereinten Nationen die Unterstützung der jüngeren Generation. „Ihr bringt neue Perspektiven auf die großen Krisen mit“, sagt Türk und appelliert die Jugendlichen sich politisch zu beteiligen. In den insgesamt acht Workshops der Jugendkonferenz werden daher Fragen, Anregungen sowie Ideen der Teilnehmenden gesammelt. Außerdem lernen die Schülerinnen und Schüler, welchen Einfluss die Vereinten Nationen sowie die aktuellen Krisen auf ihren Alltag haben und wie sie sich einbringen können.

„Ich finde es gut, dass wir im Rahmen der Jugendkonferenz eine Stimme und einen Versammlungsort bekommen, wo wir uns besprechen dürfen, und unsere eigenen Ideen einbringen können“, sagt Wendelin. Der 17-Jährige hat aktiv am Workshop „nachhaltig leben“ teilgenommen und sich dort auch kritisch geäußert. Als politisch aktiv würde sich der Schüler nicht bezeichnen, allerdings spricht er sich für diverse Beteiligungsformate aus. „Es ist wichtig, dass Jugendliche, die gern eine Stimme hätten oder gehört werden wollen, diese Möglichkeit erhalten“, sagt Wendelin.

Kinder und Jugendliche haben das Recht, ihre Meinung zu äußern, gehört zu werden und ihrem Alter und Entwicklungsstand entsprechend an Entscheidungen beteiligt zu werden, die ihre Person betreffen. Dies wurde in der Kinderrechtskonvention 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. „Und dieses Recht müssen wir einfordern“, sagt der UN-Jugenddelegierter für nachhaltige Entwicklung, Fidelis Stehle, und führt fort: „Wir müssen wirklich den Finger in die Wunde legen. Wir müssen nervig, kritisch und trotzdem noch lösungsorientiert an politischen Prozessen teilhaben und uns einbringen.“ Der 23-Jährige setzt sich dafür ein, dass junge Menschen die Nachhaltigkeitspolitik – vor allem auf UN-Ebene – mitgestalten können.



Nach der zweitägigen Jugendkonferenz wird vor allem eins klar: Die jüngere Generation wünscht sich mehr Beteiligungsmöglichkeiten. Den Schülerinnen und Schülern bedeutet es viel, gehört und ernst genommen zu werden. „Unsere Generation wird oftmals als naiv abgestempelt, uns wird vieles nicht zugetraut. Dabei vertreten viele junge Menschen eine klare Position und bringen einen interessanten Blickwinkel mit“, sagt der 18-jährige Leonardo.

Die Ergebnisse aus den Workshops sowie die Forderungen und Anregungen der Jugendlichen verspricht Tobias Lindner sich genau anzuschauen: „Diese Veranstaltung ist keine Eintagsfliege und wir nehmen eure Arbeit durchaus ernst“, sagt der Staatsminister im Auswärtigen Amt. Allerdings gibt er keine Garantie dafür, dass die ausgearbeiteten Ideen auch umgesetzt werden. Zum Ende der Veranstaltung ermutigt Patrick Andreas, Mitglied der Klimadelegation, die Teilnehmenden nochmal jegliche Scheu abzulegen und sich an politischen Prozessen zu beteiligen: „Nicht jeder muss Berufspolitiker werden, um etwas zu verändern.“

Julie Vandegaar